

Newsletter Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- **G20-Gipfel in Buenos Aires: die EU spricht sich für Multilateralismus und nachhaltige Entwicklung aus** 2

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

- **Handel sichert über 36 Millionen Arbeitsplätze in der EU** 3
- **Die EU-Kommission berichtet über die Fortschritte in der Vollendung der Bankenunion und der Kapitalmarktunion** 3

Rat der Europäischen Union

- **Die EU-WirtschaftsministerInnen berieten über die Wettbewerbsfähigkeit der EU** 4
- **Der Rat der EU für eine Reform der EU-Kohäsionspolitik** 4
- **Die Wirtschafts- und Währungsunion wird reformiert** 5
- **Die Digitalsteuer wird warten müssen** 5
- **Lkw-Fahrer bekommen verbesserte Arbeitsbedingungen und EU-Leitprogramm Fazilität "Connecting Europe" wird weitergeführt** 6

Europäisches Parlament

- **Neue EU-Visa für den kurzfristigen Aufenthalt: mehr Vorteile für legale Reisende** 7
- **Bessere ID-Kartensicherheit zur Eindämmung von Dokumenten-Betrug** 7
- **Die Europaabgeordneten wollen ehrgeizige Mittel für grenzüberschreitende Projekte** 8

Laufende Konsultationen	9
Tagesordnungen der Institutionen	10
Impressum	10

Gemeinsame Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45–47
B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu*



Thema der Woche

G20-Gipfel in Buenos Aires: die EU spricht sich für Multilateralismus und nachhaltige Entwicklung aus

Die Staats- und Regierungschefs der G20 haben sich beim Gipfeltreffen am 30. November und 1. Dezember 2018 in Buenos Aires getroffen. Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates, und Jean-Claude Juncker, Präsident der EU-Kommission, vertraten die EU auf dem Gipfel.

Die Staats- und Regierungschefs haben eine Erklärung angenommen, die sich auf die Zukunft der Arbeit, die Infrastruktur für die Entwicklung, eine nachhaltige Ernährungszukunft und die Gleichstellung der Geschlechter konzentriert.

Die EU war auf dem Gipfel ein wichtiger Verfechter des Multilateralismus und des auf internationalen Regeln beruhenden Handels. Das Gipfeltreffen bot auch die Gelegenheit, eine positive Handelsagenda aufzustellen und die politische Unterstützung der Staats- und Regierungschefs der G20 bei der Reform der Welthandelsorganisation (WTO) zu bekräftigen, um deren Effizienz und Funktionsweise zu verbessern.

Die Staats- und Regierungschefs der G20 konzentrierten sich auf den Kampf gegen den Klimawandel. Die Unterzeichner des Pariser Abkommens bekräftigten erneut ihr Engagement

für seine vollständige Umsetzung. Sie diskutierten auch über die nachhaltige Entwicklung. Sie bestätigten, dass sie weiterhin zusammenarbeiten werden, um eine konsensbasierte Lösung für die Auswirkungen der Digitalisierung der Wirtschaft auf das internationale Steuersystem zu finden.

Die Staats- und Regierungschefs der G20 verurteilten den Terrorismus in all seinen Formen und Erscheinungsformen. Sie verpflichteten sich zur vollständigen Umsetzung der Hamburger Erklärung zur Terrorismusbekämpfung. Im Zusammenhang mit der Ermordung des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi waren sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder einig, dass es dringend notwendig ist, festzustellen, was am 2. Oktober 2018 geschehen ist.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Handel sichert über 36 Millionen Arbeitsplätze in der EU

Zwei neue Studien, die am 27. November von der EU-Kommission veröffentlicht wurden, zeigen, dass die Exporte der EU immer wichtiger für Arbeitsplätze innerhalb und außerhalb Europas werden.

Die Ausfuhren der EU in die ganze Welt sind wichtiger denn je: Sie sichern 36 Millionen Arbeitsplätze in ganz Europa, eine Steigerung um zwei Drittel seit dem Jahr 2000. 14 Millionen dieser Arbeitsplätze beschäftigen Frauen. Darüber hinaus generieren die Exporte der EU eine Wertschöpfung von 2,3 Billionen EUR. Seit Beginn der Amtszeit der aktuellen Kommission im Jahr 2014 hat die Zahl der Arbeitsplätze, die durch die Exportwirtschaft gesichert werden, um 3,5 Millionen zugenommen. Diese Stellen sind durchschnittlich um 12 % besser bezahlt als Arbeitsplätze in der übrigen Wirtschaft.

Österreichische Exporte in Drittländer fördern 495 000 Arbeitsplätze in Österreich. Weitere 164 000 ÖsterreicherInnen haben einen Arbeitsplatz, der im Zusammenhang mit Exporten aus anderen EU-Ländern in Drittländern steht. Das bedeutet, dass 15% der Arbeitsplätze in Österreich von EU-Exporten abhängig sind. Österreichische Exporte außerhalb der EU fördern über 229 000 Arbeitsplätze in den übrigen EU-Ländern.

Die Studie geht auch auf den Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit ein: Sie kommt zu dem Ergebnis, dass in der EU fast 14 Millionen Frauen an Arbeitsplätzen beschäftigt sind, die durch den Handel gesichert werden.

[Mehr Informationen](#)

Die EU-Kommission berichtet über die Fortschritte in der Vollendung der Bankenunion und der Kapitalmarktunion

Die EU-Kommission zog am 28. November Bilanz über die jüngsten Entwicklungen bei der Risikominderung im Bankensektor und über die Fortschritte auf dem Weg zu einem noch stärker integrierten und stabileren EU-Finanzsystem.

Die Finanzstabilität wurde in den letzten Jahren deutlich gestärkt und die Risikominderung im EU-Bankensektor schreitet kontinuierlich voran. Auf den beiden im Dezember 2018 stattfindenden Ereignissen sollen Entscheidungen über die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) getroffen werden.

Der Anteil notleidender Kredite im europäischen Bankensektor ging im ersten Halbjahr 2018 weiter zurück und liegt nun bei durchschnittlich 3,4 %, womit er sich wieder dem Stand von vor der Krise annähert. Zwar bestehen weiterhin einige Altlasten, die die Branche seit der Finanzkrise belasten und die noch nicht bewältigt sind, aber insgesamt ist die Entwicklung sehr ermutigend.

Die Vollendung der Kapitalmarktunion ist auch eine zentrale Voraussetzung für den Erfolg der Bemühungen um eine Steigerung der Widerstandsfähigkeit der Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten und der WWU sowie die Wahrung der Finanzstabilität, die Stärkung der internationalen Rolle des Euro und die Diversifizierung der Finanzierungsmöglichkeiten insbesondere für KMUs. Die EU-Kommission fordert nun das EU-Parlament und den Rat auf, dafür zu sorgen, dass noch vor den Wahlen zum EU-Parlament im Mai 2019 alle wichtigen Bausteine für eine vollständige Kapitalmarktunion vollendet sind.

[Mehr Informationen](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Rat der Europäischen Union

Die EU-WirtschaftsministerInnen berieten über die EU-Wettbewerbsfähigkeit der EU

Die EU-WirtschaftsministerInnen haben sich am 29. und am 30. November über eine Plattform-to-Business-Verordnung und über eine Verordnung bezüglich der allgemeinen Sicherheit von Fahrzeugen geeinigt.

Zum Thema Binnenmarkt einigte sich der Rat auf eine allgemeine Ausrichtung zu dem Vorschlag für eine Verordnung zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten. Hauptziel der Verordnung ist es, ein transparentes, berechenbares und zuverlässiges Online-Plattformökosystem für Geschäftskunden in der EU zu schaffen. Zu diesem Zweck erlegt sie eine Reihe von Transparenzanforderungen an Online-Plattformen sowie die Verpflichtung zur Einrichtung wirksamer Rechtsbehelfe auf.

Der Rat einigte sich auch auf eine allgemeine Ausrichtung zu dem Verordnungsvorschlag über die Typgenehmigung von KFZ im Hinblick auf ihre allgemeine Sicherheit und den Schutz der Fahrzeuginsassen. Die Verordnung zielt darauf ab, die technischen Anforderungen an die Sicherheit von KFZ zu verschärfen, indem sie ein breites Spektrum fortgeschrittener Sicherheitsmaßnahmen einführt, die die betreffenden Fahrzeugklassen serienmäßig haben müssen. Die EU-WirtschaftsministerInnen berieten auch über die künftige Strategie für die Industriepolitik der EU.

[Mehr Informationen](#)

Der Rat der EU für eine Reform der EU-Kohäsionspolitik

Der Rat erörterte am 30. November das Legislativpaket für die Kohäsionspolitik im Zeitraum 2021-2027. Die Kohäsionspolitik ist die Schlüsselpolitik der EU für Investitionen in den Regionen und Städten Europas.

Die MinisterInnen befassten sich mit den Rahmenbedingungen für etwa ein Drittel des gesamten EU-Haushalts. Die wichtigsten Themen für die MinisterInnen waren: weniger Bürokratie, mehr Subsidiarität und effizientere Kontrollen.

Die Mehrheit der Delegationen unterstützte die Vorschläge über ein verbindliches Partnerschaftsabkommen. Mit dem Partnerschaftsabkommen hat der Rat die Idee aufgegriffen, die Partnerschaftsabkommen je nach Größe des Landes und Anzahl der Programme optional zu gestalten. Über die Programmplanung sind sich die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten einig, dass auch ein Gleichgewicht zwischen Flexibilität und strategischer Planung von langfristigen Investitionen gefunden werden

muss. Die Institutionen diskutieren noch immer über den Rahmen, in dem die Kohäsionspolitik in Zukunft funktionieren soll.

Die MinisterInnen nahmen folgende Verordnungen zur Kenntnis: die Fortschritte über die "Dachverordnung", die Verordnung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und den Kohäsionsfonds (EFRE/KF), die Verordnung über den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+), die Verordnung über die Europäische territoriale Zusammenarbeit (Interreg) und die Verordnung über einen Europäischen Grenz-übergreifenden Mechanismus.

[Mehr Informationen](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Rat der Europäischen Union

Die Wirtschafts- und Währungsunion wird reformiert

Die FinanzministerInnen der Eurozone haben sich am 03. Dezember über die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) geeinigt und haben über die Haushaltslage der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets beraten.

Die Eurogruppe erörterte die allgemeine Haushaltslage und die Aussichten für das Euro-Währungsgebiet und führte eine Überprüfung der Wirtschafts- und Finanzlage der betroffenen Mitgliedstaaten durch. Diese Aussprache stützte sich auf die Stellungnahmen der EU-Kommission zu den Entwürfen der Haushaltspläne der 19 Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets.

Die Eurogruppe hat auch den Euro-Gipfel vorbereitet, der am 14. Dezember stattfinden wird. Es wird erwartet, dass der Euro-Gipfel konkrete Beschlüsse fasst und Leitlinien für das weitere Vorgehen bei der Vertiefung der WWU

vorgibt. Die MinisterInnen einigten sich auf einen Bericht an die Staats- und Regierungschefs über die Vertiefung der WWU, einschließlich des Entwurfs eines Mandats für einen gemeinsamen Backstop für das Abwicklungsgremium, eines Term-Sheets über die Reform des EU-Stabilitätsmechanismus und ein weiteres Vorgehen in Bezug auf die Bankenunion und mögliche Instrumente für Wettbewerbsfähigkeit, Konvergenz und Stabilisierung der WWU.

[Mehr Informationen](#)

Die Digitalsteuer wird warten müssen

Die EU-WirtschaftsministerInnen haben sich am 04. Dezember über die Einführung einer EU-Digitalsteuer beraten und haben Maßnahmen zu Vertiefung der Bankunion und zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung beschlossen.

Der Rat billigte eine Reihe von wichtigen Maßnahmen zur Risikominderung im Rahmen des so genannten "Bankenpakets". Die Maßnahmen sollen einen verbesserten Rahmen für die Beschlussfassung der Bank festlegen. Die Abwicklungsbehörden sollen nun die Zahlungen der Banken aussetzen können.

Die FinanzministerInnen führten eine öffentliche Orientierungsaussprache über den Vorschlag zur Einführung einer EU-Digitalsteuer. Nach einer gründlichen Analyse aller technischen Fragen legte der Vorsitz einen Kompromisstext vor, der die Elemente enthält, die von den Mitgliedstaaten am meisten unterstützt werden. Zum jetzigen Zeitpunkt können jedoch einige Delegationen den Text aus politischen Gründen grundsätzlich nicht akzeptieren, während andere

mit einigen spezifischen Punkten des Textes noch nicht zufrieden sind. Dieser Text fand nicht die notwendige Unterstützung und wurde daher nicht im Detail diskutiert.

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zu einem Aktionsplan zur besseren Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung an. Mit den Maßnahmen soll die Bekämpfung der Geldwäsche verbessert werden und die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden gefördert werden.

Der Rat nahm drei kurze Rechtsakte an, mit denen einige der MwSt-Vorschriften der EU angepasst werden sollen.

[Mehr Informationen](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Rat der Europäischen Union

Lkw-Fahrer bekommen verbesserte Arbeitsbedingungen und EU-Leitprogramm Fazilität "Connecting Europe" wird weitergeführt

Die EU-VerkehrsministerInnen haben sich am 03. und am 04. Dezember über eine Reform des Straßenverkehrssektors sowie über die Weiterführung des EU-Leitprogramms Fazilität "Connecting Europe" für den Zeitraum 2021 bis 2027 geeinigt.

Der Rat einigte sich auf seinen Standpunkt zu einer grundlegenden Reform des Straßenverkehrssektors, die die Arbeitsbedingungen der Fahrer umfasst. Berufskraftfahrer werden von besseren Arbeitsbedingungen profitieren, und Unternehmen, die in verschiedenen Mitgliedstaaten tätig sind, profitieren von mehr Rechtssicherheit und weniger Bürokratie. Der kombinierte Verkehr soll auch im Vergleich zum reinen Straßengüterverkehr wettbewerbsfähiger gestaltet werden.

Der Rat hat auch seinen Standpunkt zu einem Vorschlag festgelegt, mit dem gewährleistet werden soll, dass aus dem EU-Leitprogramm Fazilität "Connecting Europe" auch nach 2020 weiterhin Schlüsselprojekte in den Bereichen Verkehr, Digitales und Energie finanziert werden.

Ziel ist es ferner, die transeuropäischen Netze in den Bereichen Verkehr, Energie und Digitales auszubauen, zu modernisieren und zu vervollständigen. So werden Investitionen im Bereich dieser Netze beschleunigt und eine Hebelwirkung für Finanzmittel sowohl aus dem öffentlichen als auch dem privaten Sektor erzeugt.

Die VerkehrsministerInnen haben auch anerkannt, welchen bedeutenden Beitrag die Binnenschifffahrt als ein effizientes, sicheres und nachhaltiges Verkehrssystem leisten kann, um die negativen Auswirkungen des Verkehrssektors insgesamt zu mildern.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Neue EU-Visa für den kurzfristigen Aufenthalt: mehr Vorteile für legale Reisende

Die Europaabgeordneten des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres unterstützten am 03. Dezember die Änderungen des EU-Visakodex, der die Verfahren und Bedingungen für die Erteilung von Visa an Staatsangehörige von Drittländern festlegt, die für kurze Zeiträume in die EU reisen.

Die Vereinfachung der Verfahren für rechtmäßige Reisende und Anreize für die Zusammenarbeit mit der EU im Migrationsbereich sind Teil der neuen Vorschriften für Visa für einen kurzfristigen Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen.

Die Abgeordneten unterstützten teilweise den Vorschlag der EU-Kommission, der darauf abzielt, legitime Reisen für Tourismus, Handel und Wirtschaft zu erleichtern, gleichzeitig irreguläre Einwanderung zu verhindern und zur inneren Sicherheit beizutragen. Sie haben zusätzliche Änderungen vorgenommen, um die Verfahren für gutgläubige Reisende weiter zu vereinfachen und einen positiven Zusammenhang zwischen Visum und Migrationspolitik herzustellen.

Zu den wichtigsten Änderungen gehört die Erhöhung der Visa-Gebühr von 60 auf 80 Euro. In bestimmten Umständen könnte es Ausnahme geben. Die Visumanträge sind nun neun Monate vor Reiseantritt möglich, statt sechs Monate. Es ist auch nicht mehr notwendig, eine Krankenversicherung abzuschließen. Es sollen auch Anreize für Drittländer eingeräumt werden, die bei der Rückübernahme illegaler Migranten mit der EU zusammenarbeiten.

[Mehr Informationen](#)

Bessere ID-Kartensicherheit zur Eindämmung von Dokumentenbetrug

Die Europaabgeordneten des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres haben sich am 04. Dezember auf gemeinsame Sicherheitsmerkmale für EU-Ausweisdokumente geeinigt, um Identitätsbetrug zu reduzieren.

Die Sicherstellung der Manipulations- und Betrugssicherheit von Ausweisdokumenten ist ein Schlüsselement bei der Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität. Derzeit unterscheiden sich die Sicherheitsmerkmale von Personalausweisen sowie die Aufenthaltsdokumente, die an EU-Bürger und/oder deren Familienangehörige ausgestellt werden, in den einzelnen EU-Ländern erheblich. Dies erhöht das Risiko der Urkundenfälschung und des Identitätsbetrugs, die in der EU immer größere Probleme darstellen.

Die Mitglieder des Ausschusses schlagen vor, dieses Problem durch die Festlegung

gemeinsamer Mindestsicherheitsmerkmale für ID-Karten der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation in der gesamten EU anzugehen. Ein Lichtbild für den Bürgerausweis soll auf einem Chip in der Karte gespeichert werden. Für die Erhebung und Verwendung dieser Daten sollen strenge Schutzmaßnahmen gelten. Schließlich sollen ältere Formate von ID-Karten innerhalb von acht Jahren auslaufen.

Nur Mitgliedstaaten, die bereits Personalausweise für ihre Staatsangehörigen ausstellen, wären von den neuen Vorschriften betroffen.

[Mehr Informationen](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Europäisches Parlament

Die Europaabgeordneten wollen ehrgeizige Mittel für grenzüberschreitende Projekte

Der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt und die Zusammenarbeit in den benachbarten Grenzregionen sollen nach Ansicht des Ausschusses für regionale Entwicklung größtmögliche Unterstützung erhalten.

Die Abgeordneten empfahlen am 03. Dezember zusätzlich 2,73 Mrd. Euro bereitzustellen, um einen Gesamtbetrag von 11,16 Mrd. Euro für die territoriale Zusammenarbeit der EU (Interreg) bereitzustellen, die über den EU-Fonds für regionale Entwicklung (ERDF), den EU-Sozialfonds (ERDF+) und den Kohäsionsfonds für den Programmplanungszeitraum 2021-2027 finanziert werden sollen.

Die Bewerbungen für People2people-Projekte und kleine Projekte sollen durch den Abbau administrativer Barrieren und den vereinfachten Zugang zu Finanzmitteln gefördert werden. Der maximale Kofinanzierungssatz für Projekte sollte auf 80 liegen.

[Mehr Informationen](#)



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Revising the rules for free allocation in the EU Emissions Trading System](#)

Klimaschutz

30. November 2018 – 22. Februar 2019

[Towards an EU Product Policy Framework contributing to the Circular Economy](#)

Umwelt

29. November 2018 – 24. Januar 2019

[Konsultation zur Liste der als Vorhaben von gemeinsamem Interesse infrage kommenden Strominfrastrukturprojekte](#)

Energie

22. November 2018 – 28. Februar 2019

[Evaluation of the 2008 European Critical Infrastructure Protection Directive](#)

Grenzen und Sicherheit, Migration und Asyl

19. November 2018 – 11. Februar 2019

[Ex-post evaluation of the Trans-European Transport Network \(TEN-T\) programme 2007-2013](#)

Verkehr

15. November 2018 – 14. Februar 2019



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Gaspar Kostajnssek, M.A.